

SATZUNG

Bundesverband der Kita- und Schulfördervereine

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen "Bundesverband der Kita- und Schulfördervereine". Nach Eintragung in das Vereinsregister erhält er den Zusatz „eingetragener Verein (e.V.)“.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Tübingen und soll in das Vereinsregister des Amtsgerichtes Tübingen eingetragen werden.

§ 2 Zweck des Vereins

1. Der ausschließliche und unmittelbare Zweck des Vereins ist die Förderung von Bildung und Erziehung sowie die wissenschaftliche Begleitung dieser Förderung und der damit verbundenen Aktivitäten.
2. Diesem Zweck sollen in erster Linie dienen:
 - a. die Unterstützung von Schulen bei ihrer Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungsaufgabe durch Stärkung, Professionalisierung und Förderung der Gründung von Eltern- und Schulfördervereinen, durch Förderung der Kommunikation und des Erfahrungsaustausches dieser Vereine, auch mit Blick auf die selbständiger werdenden Schulen, durch Stärkung der Zusammenarbeit mit Kindergärten und vorschulischen Einrichtungen,
 - b. die Förderung der Zusammenarbeit von Schule, Eltern und gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Umfeld, die Zusammenarbeit von Schulen mit kulturellen, technischen und wissenschaftlichen Einrichtungen, mit Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe, psychologischen und anderen sozialen Diensten,
 - c. die besondere Unterstützung von Fördervereinen und ihrer Gründung in einem schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Umfeld,
 - d. die Initiierung von innovativen Formen der Zusammenarbeit von Schulen, Eltern und gemeindlichem Umfeld, auch auf europäischer und internationaler Ebene,
 - e. die Förderung der Transparenz schulischer, fachlicher und außerfachlicher Leistungen für die breite Öffentlichkeit,
 - f. die Vertretung der Interessen der Eltern- und Schulfördervereine in Politik und Öffentlichkeit,
 - g. die Förderung der Forschung, wissenschaftlichen Begleitung, Dokumentierung und Analyse der Maßnahmen und Tätigkeiten der Eltern- und Schulfördervereine, insbesondere mit dem Ziel ihrer konsequenten Verbesserung, u. a. durch Beratung, Coachen, Tagungen, Symposien, Seminare und Training sowie durch Veröffentlichung der Ergebnisse und Arbeitsmaterialien in eigenen und fremden Publikationsorganen und Betreiben eines Internetportals.

Die gesetzten Zwecke können auch in Zusammenarbeit mit Organisationen und Institutionen gleicher oder ähnlicher Zielsetzung erfolgen, insbesondere durch die Gründung von Landesverbänden für Eltern- und Schulfördervereine.

3. Zur Erreichung des Vereinszwecks kann der Vorstand auf der Grundlage eines Beschlusses der Mitgliederversammlung Institutionen gründen, die dem Verein rechtlich und wirtschaftlich verbunden sind.
4. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung (§§ 51 bis 68 AO).

Die Tätigkeit des Vereins ist selbstlos. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

5. Der Zweck des Vereins ist nicht auf Gewinnerzielung gerichtet. Mittel dürfen nur zu satzungsgemäßen Zwecken verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Die Gewährung von Aufwandsentschädigungen ist zulässig. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Mitgliedschaft

1. Ordentliches Mitglied des Vereins kann jede natürliche oder juristische Person werden, die das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bejaht und sich zu den in § 2 niedergelegten Zielen bekennt.
2. Als korrespondierende Mitglieder können Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft angenommen werden, die die Ziele des Vereins fördern (wissenschaftlicher Beirat). Die Mitgliedschaft korrespondierender Mitglieder ist beitragsfrei.
3. Zu Ehrenmitgliedern können Persönlichkeiten ernannt werden, die sich in besonderer Weise um die Ziele des Vereins verdient gemacht haben.
4. Über die Aufnahme als Mitglied entscheidet nach schriftlichem Antrag der Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden. Gegen die ablehnende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zugang die Entscheidung der nächsten Mitgliederversammlung beantragt werden.
5. Korrespondierende Mitglieder und Ehrenmitglieder werden auf Vorschlag des Vorstandes durch Beschluss der Mitgliederversammlung ernannt.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft erlischt durch
 - a) Tod,
 - b) Austritt,
 - c) Ausschluss oder
 - d) bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens.
2. Die Austrittserklärung muss schriftlich erfolgen und dem Vorstand drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres zugehen. Eine verspätete Kündigung wird erst zum Ablauf des nächsten Kalenderjahres wirksam.
3. Der Ausschluss erfolgt
 - a) falls das Mitglied seinen finanziellen Verpflichtungen drei Monate nach Fälligkeit trotz schriftlicher Mahnung nicht nachgekommen ist,
 - b) falls das Mitglied die bürgerlichen Ehrenrechte verliert,
 - c) aus wichtigem Grund.

Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Das Mitglied wird über den Ausschluss unter Angabe der Gründe schriftlich unterrichtet. Gegen diesen Beschluss kann einen Monat nach Zugang die Entscheidung der nächsten Mitgliederversammlung beantragt werden.

§ 5 Beiträge und Spenden

1. Der Mitgliedsbeitrag ist jeweils zu Beginn eines Kalenderjahres im Voraus zu entrichten.
Die Höhe des Mindestbeitrags beschließt der Vorstand. Hiervon abweichende höhere Jahresbeiträge können mit dem jeweiligen Mitglied vereinbart werden.
2. Die Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks sollen ferner durch Spenden, Zustiftungen, öffentliche Zuschüsse und die Bearbeitung von Projekten und Forschungsaufträgen von Körperschaften des öffentlichen Rechts und privaten Einrichtungen aufgebracht werden.
3. Die Verwendung der Mittel richtet sich nach einem vom Vorstand des Vereins für das Kalenderjahr aufzustellenden Haushaltsplan. Der Haushaltsplan ist von der Mitgliederversammlung zu genehmigen.

§ 6 Organe

Organe des Vereins sind

- a) die Mitgliederversammlung,
- b) der Vorstand und
- c) der Beirat.

§ 7 Mitgliederversammlung

1. Die ordentliche Mitgliederversammlung ist jährlich durch den Vorstand einzuberufen. Die Einladung erfolgt durch Bekanntgabe auf dem Internetportal des Verbandes unter Angabe der Tagesordnung und unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen zwischen Bekanntgabe und Versammlungstermin.
2. Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind auf Antrag des Vorstandes oder auf schriftliches Verlangen von mindestens einem Viertel oder mindestens 20 Personen der ordentlichen Mitglieder unter Angabe des Grundes vom Vorstand einzuberufen. Eine durch ordentliche Mitglieder beantragte außerordentliche Mitgliederversammlung ist innerhalb von zwei Wochen nach Zugang des Ersuchens an den Vorstand einzuberufen. Im Übrigen gelten für die außerordentliche Mitgliederversammlung die Bestimmungen für die ordentliche Mitgliederversammlung entsprechend.
3. Der ordentlichen Mitgliederversammlung sind insbesondere folgende Aufgaben vorbehalten:
 - a) Genehmigung des Berichts über das abgelaufene Geschäftsjahr,
 - b) Genehmigung der Jahresrechnung und des Haushaltsplans,
 - c) Entlastung des Vorstandes,
 - d) Wahlen zum Vorstand,
 - e) Wahl von zwei Rechnungsprüfern, die nicht dem Vorstand angehören,
 - f) Satzungsänderungen und Auflösung des Vereins.Im Übrigen beschließt die Mitgliederversammlung über sonstige Punkte der Tagesordnung.
4. Die Mitgliederversammlung wird vom/von der Vorsitzenden, in seiner/ihrer Abwesenheit von einem weiteren Vorstandsmitglied geleitet oder die Mitgliederversammlung wählt eine/n Versammlungsleiter/in aus ihrer Mitte, wenn kein Vorstandsmitglied anwesend ist. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist

- ein Protokoll anzufertigen, das vom/von der Versammlungsleiter/in und einem weiteren Mitglied zu unterzeichnen ist.
5. Die Mitgliederversammlung beschließt - soweit nicht gesetzlich eine andere Mehrheit zwingend vorgeschrieben ist - mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß geladen ist. Bei Beschlussunfähigkeit ist eine neue Mitgliederversammlung einzuberufen, die dann in jedem Fall beschlussfähig ist. In der Einladung ist darauf besonders hinzuweisen.
 6.
 - a) Jedes Mitglied hat eine Stimme. Jeder Landesverband, der Mitglied im Bundesverband ist, hat grundsätzlich zwei Stimmen. Je angefangene einhundert Mitgliedsvereine im Landesverband erhält dieser eine zusätzliche Stimme. Eine Stimmenbündelung auf eine Person ist für höchstens 4 Stimmen pro Landesverbandsvertretung möglich. Ein eventuelles persönliches Stimmrecht der Person, welche den Landesverband vertritt, bleibt davon unberührt.
 - b) Jedes natürliche Mitglied kann sich in der Ausübung des Stimmrechts durch ein anderes durch Vollmacht ausgewiesenes natürliches Mitglied vertreten lassen. Ein natürliches Mitglied kann maximal 2 Stimmen vertreten.
 - c) Im Fall der Stimmgleichheit ist die Stimme des/der Vorsitzenden doppelt zu zählen.
 7. Der Vorstand kann nach pflichtgemäßem Ermessen beschließen, dass die Mitglieder an der Mitgliederversammlung ohne Anwesenheit an einem Versammlungsort teilnehmen und ihre Mitgliederrechte im Wege der elektronischen Kommunikation ausüben (Online-Mitgliederversammlung und Hybrid-Mitgliederversammlung). Dies ist in der Einladung bekanntzugeben. Online-Mitgliederversammlungen finden in einem nur für Mitglieder zugänglichen Chatroom statt. Der Zugang hierzu erfolgt durch persönliche Zugangsdaten und einem gesonderten Passwort. Die Mitglieder erhalten ihre Zugangsdaten und das Passwort durch eine gesonderte E-Mail spätestens zwei Tage vor der Mitgliederversammlung an die dem BSFV angegebene E-Mail-Adresse. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Zugangsdaten und das Passwort geheim zu halten. Eine Weitergabe an dritte Personen ist nicht zulässig.
 8. Beschlüsse der Mitgliederversammlung können auch im Umlaufverfahren gefasst werden, wenn alle Mitglieder in Textform beteiligt wurden und bis zu dem vom Vorstand gesetzten Termin mindestens die Hälfte der Mitglieder ihre Stimmen in Textform abgegeben hat.

§ 8 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus dem/der Vorsitzenden und mindestens zwei weiteren stellvertretenden Vorsitzenden (1. und 2.) und dem/der Schatzmeister/-in.
2. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt; Wiederwahl ist möglich. Der Vorstand bleibt bis zur Konstituierung des neuen Vorstandes im Amt.
3. Gesetzlicher Vertreter des Vereins im Sinne des § 26 BGB ist der/die Vorsitzende jeweils gemeinsam mit einem stellvertretenden Vorsitzenden oder gemeinsam mit dem/der Schatzmeister/in.
4. Außer den dem Vorstand in dieser Satzung oder von der Mitgliederversammlung übertragenen Aufgaben führt der Vorstand die laufenden Geschäfte des Vereins. Er kann den Vorsitzenden oder Vorstandsmitglieder widerruflich zur Führung einzelner Geschäfte bevollmächtigen und auch besondere Zuständigkeiten auf einzelne Mitglieder übertragen. Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit.

5. Der Vorstand ist berechtigt, im Rahmen des genehmigten Haushaltsplanes Mitarbeiter/innen anzustellen. Er kann zu seiner Unterstützung Fachbeiräte/rätinnen berufen. Der/die Vorsitzende eines Fachbeirats hat im Vorstand und in der Mitgliederversammlung beratende Stimme.
6. Ein Vorstandsmitglied kann nur aus wichtigem Grund abberufen werden. Wichtige Gründe sind insbesondere grobe Pflichtverletzung sowie Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung.
7. Für die Einberufung und die Durchführung von Vorstandssitzungen gelten § 7 Abs. 7 und Abs. 8 entsprechend.

§ 9 Beirat

1. Die Landesverbände im Bundesverband können jeweils eine Vertretung als Beirat entsenden.
2. Die Beirat ist zu den Vorstandssitzungen einzuladen.
3. Der Beirat hat beratende Funktion.

§ 10 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 11 Rechnungsprüfung

Die Rechnungsprüfer des Vereins haben nach Ablauf eines Geschäftsjahres die vom Vorstand vorzulegende Jahresrechnung und Vermögensverwaltung rechnerisch und buchmäßig zu prüfen und der Mitgliederversammlung Bericht zu erstatten. Ihre Amtszeit beträgt ein Jahr; Wiederwahl ist möglich.

§ 12 Satzungsänderung

1. Satzungsänderungen formeller Art, die durch gerichtliche oder behördliche Auflagen oder Ähnliches erforderlich werden, kann der Vorstand in eigener Zuständigkeit beschließen und durchführen.
2. Eine Satzungsänderung, die den Gemeinnützigkeitszweck aufheben soll, ist unzulässig.
3. Sonstige Änderungen der Satzung sowie die Auflösung des Vereins bedürfen eines mit Dreiviertelmehrheit gefassten Beschlusses der Mitgliederversammlung.

§ 13 Auflösung

1. Im Falle der Auflösung des Vereins hat die Mitgliederversammlung einen Liquidator zu bestellen.
2. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Stiftung Bildung in Berlin, die es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige Zwecke der Landesverbände zu verwenden hat.

Errichtet am 07. März 2003
geändert am 11. Mai 2007
geändert am 08. Juni 2010
geändert am 22. September 2010
geändert am 07. März 2013
geändert am 14. September 2016
geändert am 27. Oktober 2020
geändert am 10. Oktober 2022

Peter Gebauer
Vorsitzender

Andreas Kessel
stellvertretender Vorsitzender